

Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Harburg

## § 1

### Zweckbestimmung, Belegenheit

- (1) Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, im Harburger Binnenhafen einen Traditionsschiffhafen zu entwickeln und zu betreiben.
- (2) Die FHH verfolgt die wasserseitige Belegung des Harburger Binnenhafens durch Traditions- und andere Schiffe gemäß bezirklichem Liegeplatzkonzept vom 25.10.2012 (Anlage 1).
- (3) Zu diesem Zweck überlässt die FHH dem Verein die in dem beigefügten Lageplan (Anlage 2) kenntlich gemachten Wasserflächen sowie zwei ebenfalls in dem Plan ausgewiesene Teilflächen der öffentlichen Promenade an Lotsekai und Kanalplatz.

## § 2

### Vertragsgegenstand

- (1) Dem Verein wird gemäß § 15 Hamburgisches Wassergesetz (HWaG) widerruflich genehmigt, den Lotsekanal innerhalb der im Lageplan (Anlage 2) gekennzeichneten Wasserflächen als Liegeplatz für Wasserfahrzeuge im Sinne des § 1 dieses Vertrages zu nutzen, einschließlich der Nutzung der wasserseitigen Kaimauer inklusive Kaimauerausstattung (Steigeleitern, Rettungsringe, Reibepfähle und Reibehölzer).

Dem Verein wird gemäß § 19 Hamburgisches Wegegesetz (HWG) die Landfläche zwischen Kaikante und vorhandenem Geländer gemäß Anlage 2 zur ausschließlichen Nutzung übertragen. Dies beinhaltet die Nutzung der noch herzustellenden Strom- und Wasseranschlüsse, sowie das bedarfsweise Entfernen von Geländerelementen.

- (2) Die Genehmigung umfasst die Nutzung der im Lageplan (Anlage 2) dargestellten Flächen:
  - A. Nutzung der etwa 1.000 m<sup>2</sup> großen Wasserfläche vor dem Lotsekai als Liegefläche für restaurierte Traditionsschiffe,
  - B. Nutzung der etwa 840 m<sup>2</sup> großen Wasserfläche vor dem Lotsekai als Liegefläche für restaurierte Traditionsschiffe. Der Verein verpflichtet sich, den Bereich so zu bewirtschaften, dass der Kranbetrieb Vorrang genießt,
  - C. Nutzung der etwa 525 m<sup>2</sup> großen Wasserfläche vor dem Lotsekai als Liegefläche für niedrigbordige restaurierte Traditionsschiffe. Die Fläche steht erst nach Abschluss der Bauarbeiten am östlich der Fußgängerdrehbrücke gelegenen Kaimauer- und Promadenbereich zur Verfügung,.
  - D. Nutzung der etwa 900 m<sup>2</sup> großen Wasserfläche vor dem Kanalplatz als freie Plätze für temporäre Nutzung,
  - E. Nutzung des ca. 1,50 m breiten Landstreifens zwischen vorhandenem Geländer und Wasserkante am Lotsekai als Zugang zu den Schiffen,
  - F. Nutzung des ca. 1,50 m breiten Landstreifens zwischen vorhandenem Geländer und Wasserkante am Kanalplatz als Zugang zu den Schiffen.

Die Nutzung der Wasserflächen wird explizit für das Festmachen von Schiffen im Sinne eines Liegens zwischen den Fahrzeiten genehmigt. Dauernutzungen der Schiffe, die über das Liegen im eigentlichen Sinn hinausgehen, wie Veranstaltungs-/Restaurantbetrieb oder dauerhaftes Wohnen bedürfen einer gesonderten Genehmigung.

Alle anderen in der Anlage 2 farblich dargestellten Flächen sollen dem Verein ebenfalls nach Vorliegen der Voraussetzungen zur Nutzung überlassen werden, sofern keine Rechtsansprüche Dritter zur Nutzung bestehen und sofern neue Eigentümer der angrenzenden Landgrundstücke keine Wasserrechte beanspruchen. Hierfür soll zu gegebener Zeit ein Nachtrag zum öffentlich-rechtlichen Vertrag erfolgen. Sobald dem Verein weitere Wasserflächen für restaurierte Traditionsschiffe zur Verfügung stehen, ist für die Fläche B nur noch die temporäre Nutzung als freie Plätze gemäß Liegeplatzkonzept erlaubt.

Ferner verpflichtet sich die FHH, bei nicht ausgenutzten Wasserrechten zu prüfen, ob diese Wasserflächen dem Verein zur satzungsgemäßen Nutzung überlassen werden können.

Der Verein stellt der FHH, Bezirksamt Harburg, innerhalb der Flächen B, C und D 30 m Kaimauerlänge bei Bedarf als Liegefläche unentgeltlich nach folgender Maßgabe zur Verfügung:

- Die FHH kündigt den Bedarf mindestens 14 Tage im Vorwege an.
- Die Liegezeit wird auf 30 Tage im Jahr begrenzt.

Die Festlegung eines Liegeplatzes wird im Einzelfall zwischen der FHH und dem Verein geregelt.

- (3) Die Vereinssatzung wird Bestandteil dieses Vertrages (Anlage 3). Änderungen des Vereinszwecks bedürfen der schriftlichen Zustimmung der FHH.
- (4) Der Verein verpflichtet sich, eine Hafenordnung aufzustellen, die der Zustimmung der FHH bedarf und ebenfalls Bestandteil dieses Vertrages wird (Anlage 7). Insbesondere ist hierin vom Verein eine Definition für Traditionsschiffe festzulegen.

### § 3

#### Vertragsdauer, Kündigung

- (1) Der Vertrag endet am 30.5.2026.
- (2) Der Vertrag verlängert sich stillschweigend um jeweils fünf Jahre, wenn er nicht zwei Jahre vor Ablauf gekündigt wird.
- (3) Kündigungen bedürfen der Schriftform.
- (4) Die FHH ist berechtigt, den Vertrag vor Vertragsablauf jederzeit vorzeitig zu kündigen bzw. im Wege der Teilkündigung die gem. §1 (3) überlassenen Wasserflächen zu verändern, soweit von der weiteren Benutzung eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu erwarten ist, die nicht durch Auflagen verhütet werden kann (§ 17 (2) HWaG).  
Die Kündigung kann mit dreimonatiger Frist ausgesprochen werden.
- (5) Die FHH ist berechtigt, jederzeit im Wege der Teilkündigung die gemäß § 1 (3) überlassenen Wasserflächen zu verändern, wenn aus übergeordnetem öffentlichem Interesse diese Flächen anderweitig benötigt werden. Dies beinhaltet auch Zwecke der städtebaulichen Entwicklung, insbesondere die Ansiedlung von Institutionen und Unternehmen, die eine Wassernutzung an ihrem Standort benötigen.  
Die Kündigung kann mit einjähriger Frist ausgesprochen werden.
- (6) Der Verein ist berechtigt den Vertrag zu kündigen, wenn bei vorzeitiger Herausnahme von Teilen der gem. §1 (3) überlassenen Wasserflächen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses wirtschaftlich nicht mehr zumutbar ist. Dies gilt auch für Brückenöffnungszeiten der Fußgängerdrehbrücke, die einen ordnungsgemäßen Betrieb eines Museums Hafens nicht mehr ermöglichen. Er ist in diesem Falle berechtigt, innerhalb von 3 Monaten nach Zugang des Kündigungsschreibens der FHH seinerseits die Kündigung auszusprechen.
- (7) Die FHH kann den Vertrag fristlos kündigen, wenn der Verein
  - (7.1) das Nutzungsobjekt länger als sechs Monate nicht in der vereinbarten Art und Weise nutzt (Im Falle der Zwangsvollstreckung und des Vergleichsverfahrens gilt dies nicht, wenn der Verein nachweist, dass es sich um einen vorübergehenden, von ihm nicht zu vertretenden Zustand handelt.) oder
  - (7.2) den sonstigen im Vertrag übernommenen Verpflichtungen trotz Mahnung nicht innerhalb einer ihm gesetzten Frist nachkommt.

### § 4

#### Entschädigung

- (1) Wird der Vertrag gemäß §3 Abs. 5 gekündigt, so hat der Verein Anspruch auf Entschädigung, sofern die zu entschädigenden Investitionen des Vereins nicht durch Mittel der FHH finanziert worden sind.
- (2) Bei der Bemessung der Entschädigung werden ausschließlich die vom Verein nachweislich aufgewendeten Kosten im Verhältnis der Vertragszeit zu den nach der Aufwendung abgelaufenen Jahren anteilig berücksichtigt.

## **§ 5**

### **Benutzungsentgelt**

- (1) Ein Benutzungsentgelt wird nicht erhoben, solange der Verein den Status der Gemeinnützigkeit erfüllt.
- (2) Die Gemeinnützigkeit ist vom Verein auf Verlangen der FHH nachzuweisen.
- (3) Wird dem Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt, ist die FHH berechtigt, sofort die entsprechenden Gebühren in der gültigen Höhe festzusetzen.
- (4) Bei dann nicht termingerechter Zahlung unterwirft sich der Verein der sofortigen Vollstreckung im Verwaltungswege nach den jeweils geltenden Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes.

## **§ 6**

### **Betrieb, Unterhaltung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung durch die FHH**

- (1) Der FHH obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle öffentlichen Flächen an Kanalplatz und Lotsekai außer den in §1 (3) genannten, dem Verein überlassenen Flächen. Winterdienst wird auf nachgeordneten Wegen aber nicht durchgeführt.
- (2) Die FHH erstellt 4 Stück Versorgungsstationen zur Strom- und Frischwasserversorgung von Schiffen am Lotsekai.
- (3) Die FHH übernimmt die bauliche Unterhaltung der Uferwände inklusive Kaimauerausstattung (Steigeleitern, Rettungsringe, Reibepfähle und Reibehölzer). Hieran entstehende Schäden sind der FHH unverzüglich zu melden. Die Schäden werden von der FHH auf Kosten des Vereins beseitigt.  
Der Verein übernimmt die Verantwortung für Schäden, die sich aus dem Betrieb des Traditionsschiffhafens oder aus der Verletzung der vom Verein übernommenen Verpflichtungen ergeben, auch wenn sie von Dritten verursacht werden.
- (4) Sofern Arbeiten am Gewässer oder an den Kaimauern es erfordern, räumt der Verein vorübergehend die Wasserflächen auf eigene Kosten und nimmt entstehende Nachteile entschädigungslos hin.
- (5) Die Wassertiefen im Lotsekanal mit Stand vom Oktober 2014 bis April 2015 sind in der Anlage 4 dargestellt. Es besteht kein Anspruch auf Herstellung oder Unterhaltung einer bestimmten Wassertiefe.



## § 7

### **Betrieb, Unterhaltung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung durch den Verein**

- (1) Der Verein trägt die Verkehrssicherungspflicht einschließlich des Winterdienstes für den etwa 1,50 m breiten Landstreifen zwischen vorhandenem Geländer und Wasserkante am Kanalplatz und am Lotsekai (vgl. §2 (2)).  
Da die FHH auf nachgeordneten Wegen keinen Winterdienst durchführt, sorgt der Verein darüber hinaus, sofern erforderlich, für die freie Zuwegung zu Winterliegern über die öffentlichen Flächen an Kanalplatz und Lotsekai.
- (2) Die Anlage ist so zu betreiben und zu unterhalten, dass Gefahren für den öffentlichen Verkehr und den Bestand des öffentlichen Weges, sowie für das Gewässer und die Schifffahrt nicht entstehen oder entstehen können.
- (3) Der Verein hat für einen ordnungsgemäßen Zustand (Reinigung) der genutzten Fläche zu sorgen.
- (4) Der Verein sorgt für eine landseitige Beschilderung, die über Ansprechpartner und Verpflichtungen informiert. Beschilderung und Informationsaushang sind mit der Wasserbehörde des Bezirksamts Harburg abzustimmen.
- (5) Im Winter sind Boote, die Eisdruck nicht standhalten, aus dem Wasser zu entfernen.
- (6) Es ist darauf zu achten, dass die Belegungsbreite von 12 m, gerechnet ab Kaimauervorderkante, zu keiner Zeit überschritten wird, sofern nicht im Einzelfall eine abweichende Vereinbarung getroffen wird.
- (7) Die Lagerung von Gegenständen auf den Landflächen ist nur kurzfristig für Be- und Entladezwecke gestattet. Umweltgefährdende Stoffe sind sofort und ohne Zwischenlagerung sachgerecht zu behandeln.  
Es ist sicherzustellen, dass jederzeit ein Rettungsweg für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, der Rettungsdienste und der Polizei freigehalten wird.
- (8) Der Verein unterhält die durch die FHH aufzustellenden Versorgungseinrichtungen. Die Strom- und Wasserabrechnung erfolgt direkt zwischen dem Verein und dem Strom- bzw. Wasserlieferanten. Der Verein hält die FHH von allen Forderungen der Lieferanten frei. Damit die Wasserleitungen nicht durch Frost beschädigt werden, ist das Wasser vor Auftreten von Frost abzustellen und die Leitungen leer laufen zu lassen. Alternativ ist die Begleitheizung bei Frost zu nutzen.
- (9) Für die ordnungsgemäße Schmutzwasser- und Abfallentsorgung hat der Verein selbstständig zu sorgen.
- (10) In der Hafenordnung ist festzulegen, dass Kettensicherungen an den Geländerdurchgängen bei Nichtbenutzung stets geschlossen zu halten sind.
- (11) Die Entfernung demontierbarer Geländerelemente ist nur zulässig, wenn der davor liegende Liegeplatz durch ein Boot oder Ponton belegt wird. Geländerelemente sind fachgerecht zu demontieren, zu lagern und beschädigungsfrei wieder einzubauen.
- (12) Der Verein darf keine baulichen oder sonstigen Veränderungen ohne schriftliche Zustimmung der FHH vornehmen. Veränderungen, die ohne Zustimmung der FHH vorgenommen werden, hat der Verein auf seine Kosten zu entfernen.  
Nimmt der Verein mit Zustimmung der FHH bauliche Veränderungen während der Vertragsdauer auf seine Kosten vor, entscheidet die FHH bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses darüber, ob der Nutzer den früheren Zustand ganz oder zum Teil auf seine

Kosten wieder herzustellen hat oder ob ggf. eine entschädigungslose Übernahme der baulichen Veränderungen durch die FHH erfolgen kann. Eine anteilmäßige Erstattung des Restwertes der Investitionen durch die FHH kann nur dann erfolgen, wenn eine gesonderte Vereinbarung hierüber getroffen wird.

- (13) Der Kulturwerkstatt Harburg überträgt der Verein das Recht, die Fläche B für Kranvorgänge zu nutzen. Hierüber ist vom Verein eine schriftliche Vereinbarung mit der Kulturwerkstatt zu treffen und dem Bezirksamt Harburg als Anlage zu diesem Vertrag nachzureichen.
- (14) Als „temporäre Nutzung“ im Sinne des §2 und des Liegeplatzkonzepts (Anlage 1) wird eine Liegedauer von 96 Stunden definiert. In den Wintermonaten von Oktober bis April ist eine längerfristige Belegung der Fläche D in Absprache mit dem Bezirksamt Harburg / Wasserwirtschaft möglich. Gleiches gilt für Fläche B, sofern sie nach §2 (2) wieder einer temporären Nutzung unterliegt.  
Der Verein wird gewährleisten, dass das Anlegen von Passagierverkehr mit Ausflugsschiffen oder Fähren ermöglicht wird.
- (15) Die Vergabe von Liegeplätzen ist nach rechtsstaatlichen Prinzipien vorzunehmen.
- (16) Der Verein ist berechtigt, Liegegeld zu erheben.

## § 8

### Versicherung, Haftung

- (1) Die Betriebshaftpflichtversicherung gemäß Anlage 6 ist Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Vertrages. Die Gültigkeit der Betriebshaftpflichtversicherung ist jährlich aufzufordert nachzuweisen. Änderungen in den Versicherungsbedingungen, die zu einer erhöhten Haftung der FHH führen, bedürfen der Zustimmung der FHH.
- (2) Der Verein hat die FHH von allen Ansprüchen Dritter freizuhalten, die sich aus dem Betrieb des Museumshafens oder aus der Verletzung der vom Verein übernommenen Verpflichtungen ergeben.
- (3) Der Verein hat bei höherer Gewalt oder Schäden durch Dritte (z.B. Havarie) keinen Haftungs- und Entschädigungsanspruch gegenüber der FHH.

## § 9

### Örtliche Verhältnisse

- (1) Dem Verein ist bekannt, dass Boote an den Liegeplätzen Einwirkungen aus Sog und Schwell vorbeifahrender Schiffe ausgesetzt sind. Im Schadensfall wird er hieraus keine Ansprüche gegen die FHH stellen.
- (2) Auf die benachbarten Bewohner, die Passanten und Besucher ist Rücksicht zu nehmen. So sind z.B. laute Musik und unnötiges Laufenlassen von Motoren zu vermeiden.
- (3) Insbesondere ist bei Arbeiten an Schiffen der Immissionsrichtwert der TA Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) für Misch- und Kerngebiete von tags 60 dB(A) und nachts 45 dB(A) einzuhalten.
- (4) Dem Verein ist bekannt, dass das Passieren der Fußgängerdrehbrücke für Schiffe nur mit vorheriger Anmeldung möglich sein wird, maßgeblich sind die AGB der HPA für den Betrieb der beweglichen Brücken im Hamburger Hafen. Das Bezirksamt Harburg veranlasst zurzeit eine Änderung der Brückenöffnungszeiten zwecks stärkerer Berücksichtigung der Belange von Freizeitnutzern. Seitlich der Brücke werden auf beiden Kanalseiten Sperrflächen als Sicherheitszonen eingerichtet, in denen das Anlegen nicht erlaubt sein wird.
- (5) Dem Verein ist weiterhin bekannt, dass am Widerlager der Lotsebrücke der Bau eines Rohrdükers geplant ist. Die Bauarbeiten sind zu dulden. Sofern notwendig, sind für die Dauer der Bauzeit Liegeplätze auf einer Länge von 40 m freizumachen.
- (6) Weiterhin ist dem Verein bekannt, dass die Sanierung der bereits vorhandenen Vertäueinrichtungen wie Poller, Schutthalter, Festmacherringe etc. lediglich oberflächlich vorgenommen wurde. Es erfolgte keine Neubemessung auf geltende statische Vorschriften.



§ 10

**Allgemeine Regelungen**

- (1) Dem Verein obliegt die Pflicht zur Schadensminimierung. Er hat alle Schäden an den Uferwänden und ihren Einbauteilen, dem Geländer oder den Versorgungspollern sofort der FHH zu melden.
- (2) Bei von Dritten verursachten Schäden, die der Verein zu beseitigen hat, obliegt es dem Verein, von dem Verursacher Schadenersatz zu verlangen.
- (3) Es dürfen nur Schiffe (oder kurzfristig Lieger) mit gültigen Schiffspapieren oder gültigem Schwimmfähigkeitsnachweis und mit gültiger Haftpflicht- und Bergungsversicherung festgemacht werden. Schiffspapiere, Schwimmfähigkeitsnachweise und Versicherungsbescheinigungen sind der Wasserbehörde auf Anforderung nachzuweisen.  
Das dauerhafte Festmachen von Liegern bedarf einer gesonderten Wasserrechtlichen Genehmigung, die eine Nutzungszulassung und eine Objektprüfung beinhaltet, siehe Genehmigungsleitfaden des Bezirksamtes Mitte.  
Der Begriff „Lieger“ bezeichnet in diesem Zusammenhang Schiffe oder Pontons mit Aufbauten ohne eigenen Antrieb.  
Die Errichtung von Ponton- bzw. Steganlagen bedarf ebenfalls einer gesonderten Wasserrechtlichen Genehmigung.
- (4) Der Verein stellt sicher, dass im Rahmen der Traditionsschiffhafennutzung keine wassergefährdenden Stoffe direkt oder indirekt in das Gewässer gelangen. Im Falle einer Gewässerverunreinigung, die infolge der Nutzung des Gewässers entsteht, sind vom Verein oder vom Nutzer/Verursacher mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, sofort Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu veranlassen.
- (5) Beim Untergang eines Schiffes oder anderer Geräte und bei einem Austritt von wassergefährdenden Stoffen in das Gewässer, die nicht unmittelbar eingedämmt/aufgenommen werden können, sind unverzüglich die

Behörde für Umwelt und Energie – Sofortmaßnahmen Tel. [REDACTED]

und das Bezirksamt Harburg, ggf. auch Polizei und Feuerwehr zu verständigen. Diese Vorgehensweise ist Nutzern vor Ort anzuzeigen.

- (6) Alle Anzeigen, z.B. über Schadenseintritte, Beginn und Beendigung von Arbeiten, die nach den Bestimmungen des Vertrages zu erfolgen haben, sind zu richten an:

Bezirksamt Harburg - Wasserbehörde  
[REDACTED]

- (7) Alle besonderen Vorkommnisse, die Auswirkungen auf den Schiffsverkehr haben oder haben können, sind zu melden:

Hamburg Port Authority – Oberhafenamt Tel. [REDACTED]

- (8) Der Verein achtet darauf, dass in der genehmigten Wasserfläche nur Schiffe festgemacht werden, die keine Gefahr für das Gewässer darstellen. Er sorgt auch dafür, dass im Rahmen seiner Möglichkeiten alles getan wird, um einen Schaden vom Gewässer abzuwenden.

- (9) Das Gewässer, insbesondere die Gewässersohle, ist von Unrat sowie gesunkenen Objekten und Gegenständen freizuhalten. Im Rahmen der Traditionsschiffhafenutzung gesunkene Gegenstände oder Objekte sind unverzüglich auf eigene Kosten zu bergen.
- (10) Die in der Wasserfläche abgelegten Objekte sind so festzumachen, wie es die im Hafen erforderliche Sorgfalt unter Berücksichtigung der jeweiligen Verkehrs-, Witterungs- und Eisverhältnisse erfordert.
- (11) Das Befahren der Platz- und Promenadenflächen an Kanalplatz, Lotseplatz und Lotsekai ist nur für Be- und Entladevorgänge zulässig. Parken ist nicht erlaubt.  
Darüber hinausgehende Nutzungen bedürfen einer Sondererlaubnis gem. §19 HWG.  
Im Zuge von vor Ort temporär stattfindenden Veranstaltungen tritt das Recht auf das Befahren der Platz- und Promenadenflächen an Kanalplatz, Lotseplatz und Lotsekai für Be- und Entladevorgänge für die Dauer der Veranstaltung hinter den Belangen der Veranstalter zurück.
- (12) Der öffentlich-rechtliche Vertrag ersetzt nicht die aufgrund anderer gesetzlicher Bestimmungen außerdem noch erforderlichen Genehmigungen oder Erlaubnisse, auch dann nicht, wenn hierfür Dienststellen des Bezirksamtes Harburg zuständig sind.
- (13) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) und wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht werden. Zudem kann er Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- (14) Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:  
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.  
Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

## **§ 11**

### **Wirksamwerden**

- (1) Dieser Vertrag wird zum 1. Juni 2016 wirksam.

## **§ 12**

### **Anlagen**

- (1) Folgende Anlagen sind Vertragsbestandteil:

Anlage 1: Nutzungskonzept Liegeplätze Harburger Binnenhafen in der Fassung vom 25.10.2012

Anlage 2: Lageplan Traditionsschiffhafen Maßstab 1:1.000, Stand 1.4.2016

Anlage 3: Satzung des Museumshafen Harburg e.V. vom 20.4.2016

Anlage 4: Peilung Ziegelwiesenkanal, Lotsekanal 903.0 S2/2014 Maßstab 1:1.000 vom 22.4.2015

Anlage 5: Schriftliche Vereinbarung mit Kulturwerkstatt über Krannutzung vom 20.4.2016

Anlage 6: Betriebshaftpflichtversicherung

Anlage 7: Hafenbetriebsordnung vom 20.4.2016

§ 13

Schlussbestimmungen

- (1) Sollte eine der Bestimmungen dieses Vertrages, gleich aus welchem Grunde, rechtsunwirksam sein bzw. werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen im Zweifel hierdurch nicht berührt.
- (2) Der Verein unterwirft sich für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag der sofortigen Vollstreckung im Verwaltungswege nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung.
- (3) Jeder Beteiligte erhält eine unterzeichnete Ausfertigung des Vertrages. Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
- (4) Der Vertrag ist nicht übertragbar.
- (5) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Hamburg.

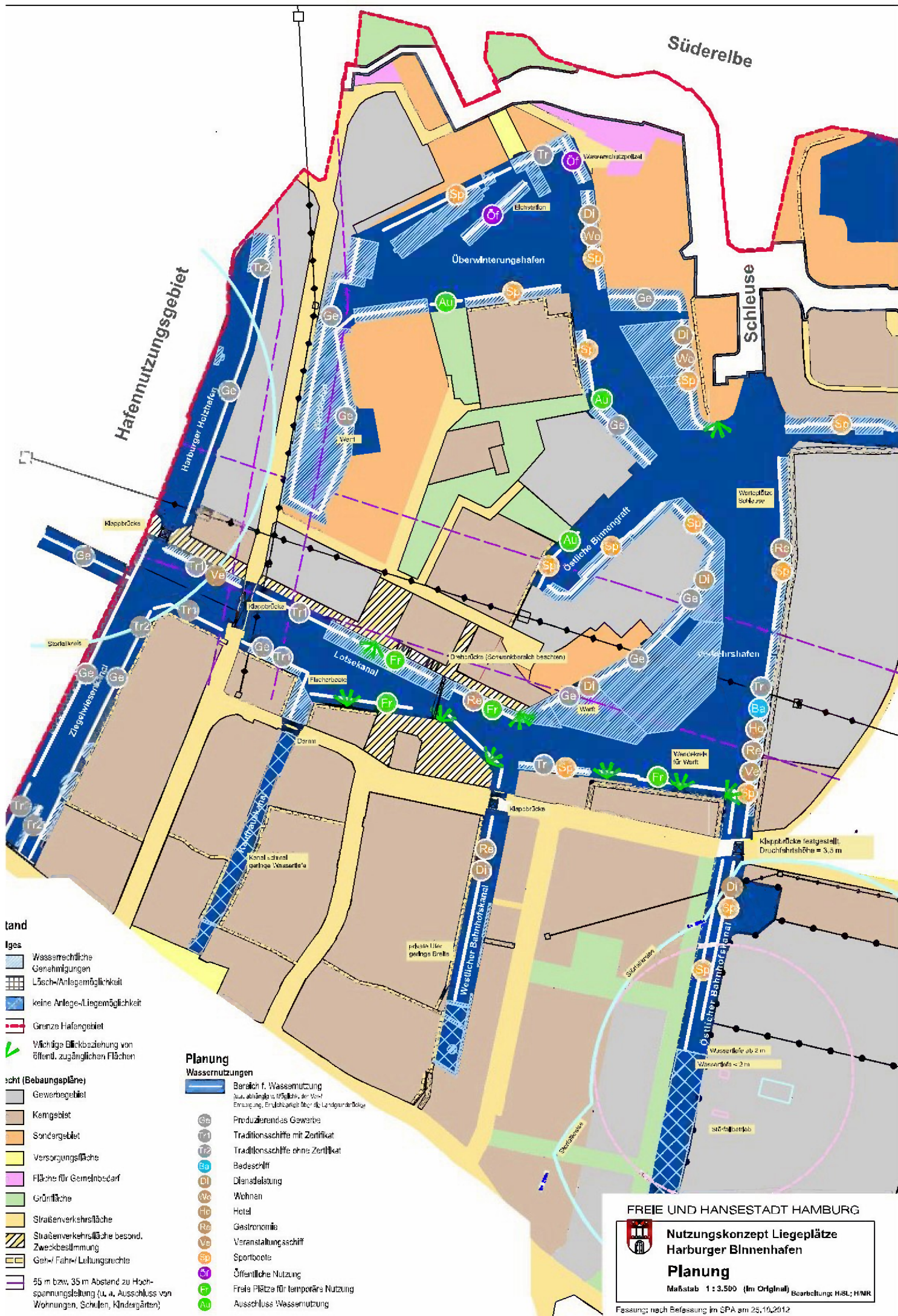
Hamburg, den 22.4.2016

Freie und Hansestadt Hamburg,  
vertreten durch

Bezirksamt Harburg  
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
Harburger Rathausplatz 4  
21073 Hamburg

Museumshafen Harburg e.V.  
vertreten durch





# Liegeplatzkonzept Harburger Binnenhafen

Erläuterungsbericht – Stand 02.01.2012

## Planungsanlass

Entlassung des Harburger Binnenhafens aus dem Hafengebiet im Herbst 2010 und damit einhergehende

- Übertragung der Zuständigkeit für wasserrechtliche Genehmigungen auf den Bezirk - Fachamt Management des öffentlichen Raumes
- Zahlreiche Anfragen zu und Anträge auf unterschiedliche Wassernutzungen (Wohn-, Restaurant-, Veranstaltungs-, Büro-, Traditions-, Sportschiffe etc.)

## Planungsziel

- In dem Konzept werden Ziele für die Nutzung von Wasserbereichen unter Berücksichtigung bereits vorhandener Nutzungen und anderer Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Harburger Binnenhafens formuliert.
- Das Konzept soll als Grundlage dienen, eine geordnete Entwicklung der Nutzungen auf dem Wasser zu erreichen, die den maritimen Charakter des Harburger Binnenhafens unterstreicht. Es soll einen Orientierungsrahmen für die Erteilung Wasserrechtlicher Genehmigungen darstellen.
- Im Rahmen der Umsetzung der Entwicklungsziele ist der Bestand zu sichern, solange dieser mit der Umsetzung des Konzeptes vereinbar ist, bzw. keine konkreten Nutzungsvorhaben bestehen.

## Wassernutzungen im Bestand

Gemäß der von HPA erteilten wasserrechtlichen Genehmigungen bestehen gegenwärtig unterschiedliche Wassernutzungen:

- Gewerbliche Nutzung
- Öffentliche Nutzung
- Sportbootnutzung
- Andere, gemischte Liegeflächen

## Rahmenbedingungen / Planungsgrundlagen

- Bestehende wasserrechtliche Genehmigungen (Werften, wassergebundene Betriebe, Umschlag, Fischer- und Sportboote, gemischte Liegeplätze)
- Wenderadien und Durchfahrtsbreiten der vorhandenen Betriebe und Werften sowie der öffentlichen Nutzungen von Wasserschutzpolizei und Eichstation
- Klappbrücken und Dämme



- Wassertiefen
- Störfallkreise (Fa. Brenntag, Fa. Spedition Süderelbe)
- Hochspannungsleitungen mit Sicherheitsabstand
- Bauvorhaben (Lotsekai, Kanalplatz, Fußgängerbrücke, Treidelweg etc.)
- Planungsrecht (Bebauungspläne) und Planungsziele (Funktionsplan Harburger Schloßinsel, Rahmenkonzept Binnenhafen)

## Konzepterläuterung

Die Konzeptplanung ist maßgeblich beeinflusst durch die im Harburger Binnenhafen von HPA erteilten wasserrechtlichen Genehmigungen und weiteren Rahmenbedingungen wie Störfallkreise, Hochspannungsleitung, freizuhaltende Wenderadien, öffentliche Nutzungen wie Eichstation und Wasserschutzpolizei, die Art der angrenzenden Landnutzung etc..Eingeschränkte niedrige Wassertiefen, bedingt funktionstüchtige Klappbrücken und der Damm im Kaufhauskanal beeinträchtigen bzw. verhindern Zufahrten zu Wasserflächen. Für über den Bestand hinausgehende zusätzliche Wassernutzungen verbleibt ein geringer Spielraum.

Wichtiges Planungsziel ist die Unterbringung eines **Traditionsschiffhafens**. Als Kernbereich für die Präsentation restaurierter Traditionsschiffe wird der Lotsekanal vorgesehen. Dieser zentrale Bereich im Binnenhafen mit vielfältigen Blickbeziehungen steht u. a. durch diverse Veranstaltungen, Planungen und Bautätigkeiten im Focus der Öffentlichkeit. Darüber hinaus wird die bereits vorhandene öffentliche Erschließung weiter ausgebaut werden (Promenade Lotsekai, Lotseplatz, Park). Dies sind gute Standortvoraussetzungen, um die Traditionsschiffe für die Öffentlichkeit erlebbar zu machen.

Weitere Liegeflächen für reparaturbedürftige Schiffe sind, etwas abseits der öffentlichen Zugangsmöglichkeiten, auf dem Ziegelwiesenkanal und Harburger Holzhafen vorgesehen, sofern die Eigentümer der Kaimauern und Landflächen die Zugänglichkeit gewähren. Auf den Landflächen besteht grundsätzlich die Möglichkeit, eine Reparaturhalle zu nutzen. Hierfür ist jedoch die Bereitschaft der hier ansässigen Betriebe Grundvoraussetzung. Die Entwicklung der ortsansässigen Betriebe genießt Vorrang.

**Dienstleistungen** sind überwiegend für Flächen vorgesehen, die mit den ausgewiesenen Landnutzungen korrespondieren (Angebot für die Nutzer der angrenzenden Landflächen).

Ein weiterer Schwerpunkt bilden die **Sportbootnutzungen**, die im gesamten Binnenhafengebiet vorgesehen sind. Hiermit soll der maritime Charakter des Gebietes und die Belegung auf dem Wasser gefördert werden. Wegen der Standorte der vorhandenen gewerblichen Betriebe, der Hindernisse durch die Klapp- und Drehbrücken ergibt sich ein Schwerpunkt im östlichen Binnenhafen.

Ein Schwerpunkt für **Freizeitnutzungen** ist am Treidelweg geplant. Nach geplanter Kaimauersanierung und möglicher Verlagerung des Beach Clubs an diesen Standort sind Kombinationen mit Schiffen für Veranstaltungen, Hotel o. ä. sowie ein Badeschiff sinnvoll. Die möglicherweise aus dieser Nutzung resultierenden Lärmbelastungen sind im Einzelfall genauer zu prüfen.

Die Möglichkeiten für **Wohnen auf dem Wasser** werden durch die Anforderungen an ein gesundes Wohnumfeld stark eingeschränkt. Lediglich der Bereich westlich der Harburger Schleuse kommt hierfür ggfs. in Betracht. Hierfür ist jedoch eine Prüfung nach Vereinbarkeit

mit dem benachbarten Betrieb mit Mineralölumschlag und den Lärmeinwirkungen ausgehend von östlich verlaufender Bahnlinie Voraussetzung.

Überdies ist über die Art der Entsorgung zu entscheiden, da nur für den nördlichen Bereich dieser Fläche ein Sielanschluss möglich ist. Die südliche Fläche müsste über einen Sammel-tank entsorgt werden.

**Freie Liegeplätze/Gastliegeplätze** ermöglichen ein kurzfristiges Anlegen z. B. für Ausflugs-schiffe. Für das Binnenhafenfest bestünde die Möglichkeit, diese Liegeflächen für Schiffsat-traktionen zu nutzen.

Diese wechselnden Nutzungen werden zur Belebung des gesamten Binnenhafens beitragen. Durch Vermeidung einer dauerhaften Belegung wird der Blick auf das Wasser und in den Hafen weitgehend ermöglicht.

Lade- und Vorführaktivitäten des historischen Krans werden vorrangig ermöglicht.

**Vorhandene gewerbliche Nutzungen** wie Werften, Wasserbaubertriebe und Umschlag-tigkeiten werden berücksichtigt, da den Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden und die bestehende Hafenatmosphäre erhalten bleiben soll.

## Detaillierte Ergebnisdarstellung

### • Traditionsschiffe

#### Für restaurierte Schiffe mit Zertifikat:

- Im westlichen Lotsekanal, westlich und östlich der Klappbrücke in einer Reihe ohne Steg

#### Hinweis:

- Beschränkung auf eine Reihe, um Erlebbarkeit der Wasserfläche zu gewährleisten
- Im Rahmen der anstehenden Promenadengestaltung werden Strom- und Wasseranschlüsse am Lotsekai hergestellt. Ein Schmutzwasseranschluss ist hier nicht möglich.

#### Für Schiffe ohne Zertifikat (mit Schwimmfähigkeitszeugnis):

- Im Ziegelwiesenkanal und
- im Holzhafen

#### Hinweis:

##### Umsetzung in Abhängigkeit von

- der Bereitschaft der Eigentümer der Kaimauern und Landflächen
- der Möglichkeit, eine Reparaturhalle zu nutzen (Bestand oder Neubau)
- Erschließungsmöglichkeiten

#### Weitere mögliche Liegeflächen für Traditionsschiffe:

- im Verkehrshafen nördlich am Kaispeicher (BF 4C)
- im Verkehrshafen am Ufer des Treidelweges
- im nördlichen Überwinterungshafen am gegenwärtigen Standort des Vereins Clipper (Bestand)

### • Dienstleistungen

#### Schwimmende Büros korrespondierend mit den ausgewiesenen Landnutzungen:

- im Westlichen Bahnhofskanal
- im Östlichen Bahnhofskanal in Abhängigkeit von Wassertiefe und Klappbrückenfunktion

- am östlichen Ufer der Harburger Schloßinsel
- im Überwinterungshafen, westlich der Harburger Schleuse

#### Schwimmende Restaurants

- am östlichen Lotsekai
- im Westlichen Bahnhofskanal
- im Verkehrshafen am Ufer Treidelweg

- **Wassersportliche Nutzungen in weiten Bereichen des Harburger Binnenhafens**
  - Nördlicher Harburger Holzhafen
  - Ziegelwiesenkanal
  - Verkehrshafen, nördlich am Kaispeicher (BF 4C)
  - Östlicher Bahnhofskanal
  - Verkehrshafen am Ufer Treidelweg
  - Schiffsraben (Wasserarm südlich des Hafenbezirkes)
  - Überwinterungshafen westlich Harburger Schleuse
  - nördliches und östliches Ufer Harburger Schloßinsel im Bereich Baufeld 2
  - nordöstliches Ufer Harburger Schloßinsel
  - im nördlichen Überwinterungshafen
  - in der Östlichen Binnengraff
- **Ein Veranstaltungsschiff, Hotelschiff und Badeschiff**
  - im Verkehrshafen am Ufer Treidelweg
  - am westlichen Lotsekai (Einzelfallprüfung hinsichtlich des Achtungsabstandes zum benachbarten Störfallbetrieb notwendig)
- **Wohnen auf dem Wasser**
  - Bereich westlich der Schleuse

Hinweis:

  - Umsetzung in Abhängigkeit einer Einzelfallprüfung hinsichtlich Betrieb mit Mineralölumschlag in der unmittelbaren Nachbarschaft sowie Lärmeinwirkungen der Bahn.
  - Sielanschluss ist ausschließlich auf nördlicher Fläche möglich, Entsorgung der Südfläche wäre über einen Sammel-tank möglich.
- **Freie Plätze für temporäre Nutzungen**
  - im zentralen Bereich des Lotsekais
  - im östlichen Bereich des Lotsekais
  - am Kanalplatz
  - Verkehrshafen Ufer nordöstlich Veritaskai unter Berücksichtigung des freizuhaltenden Wendekreises für die Werft
  - am Lotsekai im Schwenkbereich des denkmalgeschützten Mulch-Kranes im Zusammenhang mit geplanten Kranaktionen und anderen Veranstaltungen der Kulturwerkstatt

Begründung:

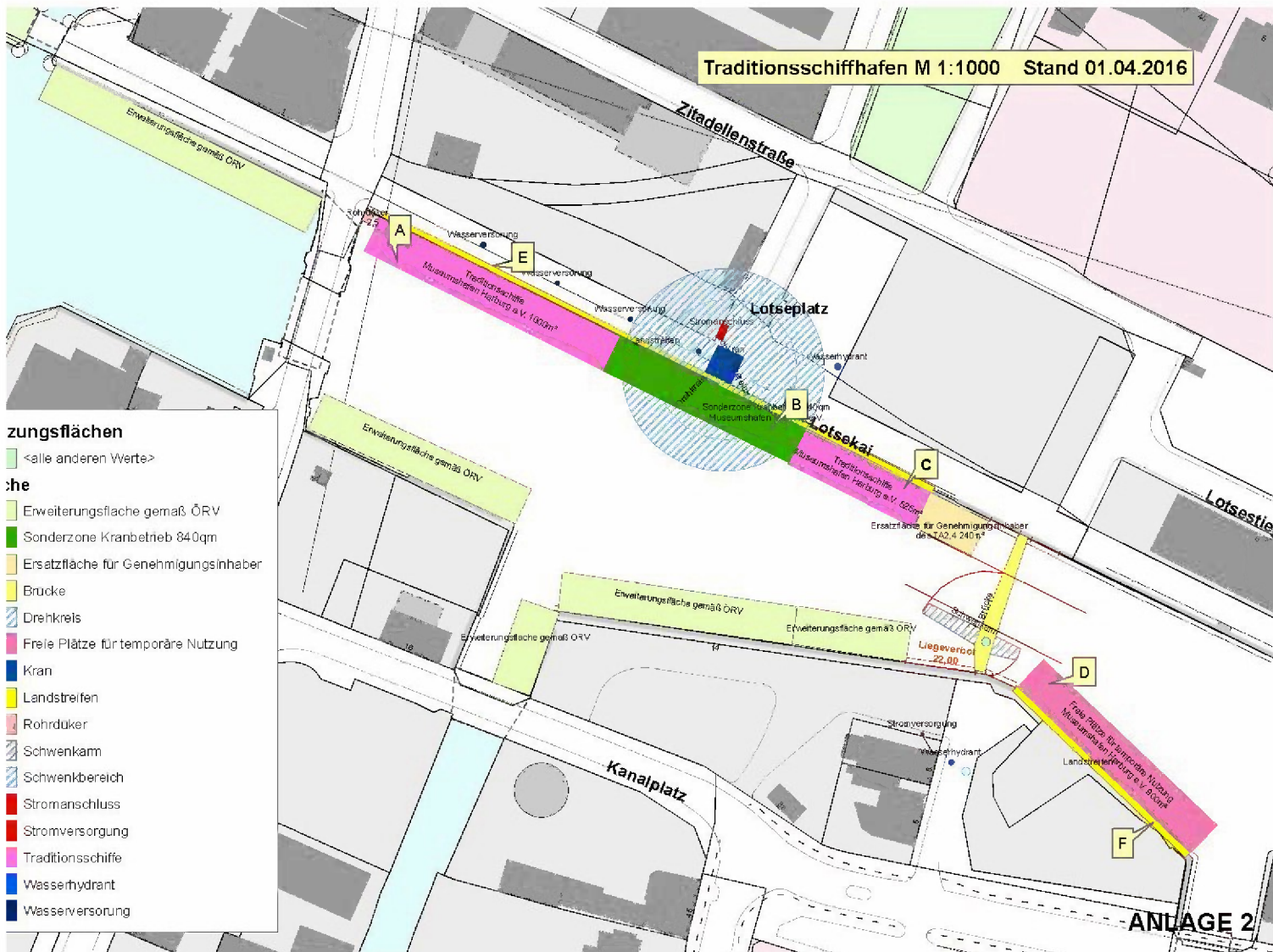
  - der Blick auf das Wasser und in den Hafen soll überwiegend frei erlebbar sein
  - wechselnde Nutzungen tragen zur Belebung bei
  - touristische Anlegemöglichkeiten für Ausflugsfahrten und Binnenhafenfest sollen offen gehalten werden

- **Ausschluss der Wassernutzung**
  - an den Köpfen der Parkstrahlen
  - am Kanalplatz im Bereich des Drehbereiches der geplanten Fußgängerbrücke
- **Gewerbliche Nutzungen, produzierendes Gewerbe**  
(weitgehend bestandsgemäß)
  - im Ziegelwiesenkanal
  - im Harburger Holzhafen
  - die Fischerboote im Lotsekanal vor Baufeld 4a, ggfs. Einbeziehung in Traditionsschiffhafen
  - die Werft im Verkehrshafen östliches Ufer Harburger Schloßinsel
  - Werfthafen HPA
  - Wasserbaubetrieb im Überwinterungshafen nordöstlich Harburger Schloßinsel
  - Mineralölumschlag im Überwinterungshafen westlich der Schleuse
- **Wasserflächen, die nicht für Wasserfahrzeuge zu nutzen sind**
  - Kaufhauskanal → durch Damm fehlt Zufahrtsmöglichkeit, Wassertiefe sehr gering
  - Südlicher Westlicher Bahnhofskanal → belegt durch Wasserbauwerke: Brücken und Ponton
  - südlicher Östlicher Bahnhofskanal → Wassertiefe unter 2m

<b>Grundsätzliches</b>
------------------------

- **Wasserrechtliche Genehmigungen**
  - Für Liegerechte wurden bislang üblicherweise unbefristet und widerruflich wasserrechtliche Genehmigungen durch HPA ausgesprochen. Für einen Widerruf sind triftige Gründe vorzulegen.
  - Bereiche für die keine Rechte zur Nutzung von Wasserflächen vergeben sind, besteht die Möglichkeit, ohne wasserrechtliche Genehmigung kurzfristig (mehrere Tage) mit Zustimmung des Landeigentümers und unter Beachtung des Schifffahrtsrechtes Schiffe anzulegen. Diese Option besteht zurzeit z.B. am Lotsekai und am Kanalplatz.
  - Darüber hinaus bestehen generelle Rechte zum Befahren des Binnenhafens als Wasserstraße, zum Umschlag von Gütern und so genannte Laderechte wie z. B. am Ziegelwiesenkanal.
- **Ver- und Entsorgung**  
Für alle Nutzungen gelten gewisse Abhängigkeiten hinsichtlich der Ver- und Entsorgung. Der Binnenhafen ist ein stehendes Gewässer. Eine geregelte Entsorgung der Abwässer ist an Land durch Anschluss an das Siel oder eine Sammelgrube durch die Nutzer zu gewährleisten.
- **Nutzung privater Landflächen**  
Privatrechtliche Regelungen mit den Eigentümern benachbarter Landflächen und Kai-mauern sind von den Nutzern auszuhandeln.









# Satzung

des Museumshafen Harburg e.V.

## Präambel

Der Verein ist parteipolitisch und religiös neutral. Er bekennt sich zu den Grundsätzen der Menschenrechte. Er tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen sowie diskriminierenden oder menschenverachtenden Verhaltensweisen gegenüber anderen Menschen, insbesondere auf Grund ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht, sexuellen Orientierung oder Behinderung, aktiv entgegen.

## § 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen Museumshafen Harburg e.V.
- (2) Er hat den Sitz in Hamburg.
- (3) Er ist als Verein registriert im Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg-Nord.
- (4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

## § 2 Vereinszweck

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung der maritimen Heimatpflege und Heimatkunde.
- (2) Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:
  - die Entwicklung und der Betrieb eines Museumshafens in Hamburg-Harburg,
  - Schaffung und Unterstützung eines Netzwerkes zur Restaurierung und Erhaltung alter Wasserfahrzeuge und Hafeneinrichtungen, die insbesondere für die Kulturgeschichte der Elbe-Region bezeichnend sind,
  - die Unterbringung und den Betrieb solcher Schiffe und Objekte in dem Museumshafen
  - die Öffnung des maritimen Erbes sowohl landseitig als auch wasserseitig für die Öffentlichkeit, z.B. durch geeignete Veranstaltungen und Projekte.
  - Jugendlichen und anderen Interessierten die Mitarbeit an der Erhaltung und dem Betrieb historischer Schiffe und Objekte unter Vermittlung traditioneller Handwerkskunst und Seemannschaft zu ermöglichen.

### § 3 Selbstlosigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Die Körperschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Mittel der Körperschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Vereinsmitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

### § 4 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen, national und international, werden.  
Natürliche Personen müssen mindestens 14 Jahre alt sein, um Vereinsmitglied zu werden. Der Eintritt einer minderjährigen Person bedarf der Zustimmung der Eltern/ Erziehungsberechtigten. Natürliche Personen können nach einer Anwärterzeit als ordentliche Mitglieder aufgenommen werden.  
Juristische Personen bestimmen im Einvernehmen mit dem Vorstand eine volljährige natürliche Person als Beauftragten, der die Mitarbeit und das Stimmrecht im Verein für die juristische Person übernimmt. Dieser Beauftragte hat nach Bestätigung durch den Vorstand Stimmrecht in der Mitgliederversammlung wie ein ordentliches Mitglied, kann allerdings nicht für Organe des Vereins kandidieren.
- (2) Die Beitrittserklärung hat schriftlich zu erfolgen. Es gilt für natürliche Personen generell eine Anwärterzeit von einem Jahr. In dieser Zeit kann das neue Mitglied den Verein/die Vereinsmitglieder und die Vereinsmitglieder das neue Mitglied im Rahmen der Mitarbeit im Verein kennenlernen. Das neue Mitglied hat während dieser Zeit kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung und kann nicht für Organe des Vereins kandidieren. Der Vorstand kann die Anwärterzeit durch Beschluss verkürzen, wenn der Anwärter sich besondere Verdienste um den Verein erwirbt.
- (3) Der Vorstand entscheidet nach Ende der Anwärterzeit einstimmig über die Annahme. Ablehnende Beschlüsse hat der Vorstand auf Verlangen des Beitrittswilligen der Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorzulegen.
- (4) Dem Verein können fördernde Mitglieder beitreten. Sie unterstützen den Verein durch Spenden oder Sachmittel. Fördernde Mitglieder können an der Mitgliederversammlung teilnehmen, haben dort jedoch kein Stimmrecht und können nicht für Organe des Vereins kandidieren.
- (5) Natürliche Personen, die sich um den Verein außerordentliche Verdienste erworben haben, können durch Mehrheitsbeschluss der Mitgliederversammlung zum Ehrenmitglied ernannt werden. Ehrenmitglieder haben den Status eines ordentlichen Mitglieds, sind jedoch von Beiträgen befreit. Das Nähere regelt eine Ordnung für Ehrenmitglieder, die der Vorstand erlassen kann.
- (6) Die ordentlichen Mitglieder und Ehrenmitglieder sind berechtigt zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung und der Ausübung der dieser zustehenden Rechte.  
Alle Mitglieder erhalten Informationen über das Vereinsleben und die Verwendung der Vereinsmittel.
- (7) Die Mitgliedschaft endet durch
  - Tod einer natürlichen Person,
  - Auflösung oder Insolvenz einer juristischen Person,
  - Austritt,
  - Streichung von der Mitgliederliste,
  - Ausschluss.

Der Austritt ist schriftlich zu Händen des Vorstandes unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist auf den Schluss eines Kalenderjahres zu erklären. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrags oder von Umlagen im Rückstand ist. Der Beschluss des Vorstands über die Streichung muss dem Mitglied mitgeteilt werden. Gegen den Beschluss ist kein

Rechtsmittel gegeben.

Der Ausschluss ist zulässig, wenn das Mitglied

- das Ansehen oder die Interessen des Vereins erheblich schädigt oder
- ein sonstiger wichtiger Grund vorliegt.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand durch Mehrheitsbeschluss, der dem auszuschließenden Mitglied schriftlich mitzuteilen ist. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied Gehör zu gewähren. Gegen den Ausschluss-Beschluss kann das Mitglied binnen eines Monats nach Zugang Widerspruch einlegen und eine Entscheidung der Mitgliederversammlung beantragen. Ab einem Ausschluss-Beschluss bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung ruht das Stimmrecht des betroffenen Mitglieds.

- (8) Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen und Anlagen des Vereins zu benutzen und an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
- (9) Die Mitglieder haben im Rahmen ihrer Betätigung im Verein die erlassenen Ordnungsvorschriften zu beachten, sowie die Förderungspflicht, sich für das gemeinsame Ziel und den Zweck des Vereins einzusetzen.

#### § 5 Beiträge

- (1) Die Mitglieder zahlen Beiträge und Aufnahmegebühren nach Maßgabe einer Beitragsordnung. Die Beitragsordnung wird vom Vorstand erarbeitet und von der Mitgliederversammlung beschlossen.
- (2) Jedes Mitglied ist zur Entrichtung der in der Beitragsordnung festgelegten Beiträge und zur Ableistung der dort festgelegten Arbeitsstunden für den Verein verpflichtet. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.
- (3) Der Beitrag ist auch dann für ein Jahr zu zahlen, wenn ein Mitglied während des Jahres austritt, ausgeschlossen wird oder erst während des Jahres eintritt.
- (4) Neu eingetretene Mitglieder sind auch während der Anwärter-Zeit zur Zahlung des Beitrages und von Aufnahmegebühren verpflichtet.
- (5) Das Stimmrecht eines Mitglieds ruht, wenn es mit seinem Jahresbeitrag für das vorangegangene Geschäftsjahr im Rückstand ist.
- (6) Der Vorstand kann in Einzelfällen Gebühren, Beiträge, Arbeitsstunden und Umlagen ganz oder teilweise erlassen oder stunden. Über diese Entscheidungen ist der aktuell gewählte Kassenprüfer in allen Fällen zu informieren.

#### § 6 Organe des Vereins

- (1) Organe des Vereins sind
  - a) der Vorstand
  - b) die Mitgliederversammlung
- (2) Für alle Organe außer der Mitgliederversammlung sind Wahlen zur Aufnahme in das Organ notwendig. In allen Organen sind nur Mitglieder des Vereins stimmberechtigt.

#### § 7 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus 3 Personen.
- (2) Der Vorstand wird auf die Dauer von zwei Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt. Wiederwahl ist möglich. Er bleibt nach Ablauf der Amtszeit bis zur Wahl eines neuen Vorstands im Amt. Zu den Vorstandsmitgliedern hinzu wählt die Mitgliederversammlung bis zu zwei Nachrücker. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtszeit aus, rücken die Nachrücker in der Reihenfolge ihrer Wahl in den Vorstand auf. Sind keine Nachrücker gewählt bzw. bereits beide aufgerückt, ist in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Ersatz zu wählen.
- (3) Der Verein wird durch jeweils 2 Vorstandsmitglieder gemeinsam rechtsgültig vertreten (§ 26 BGB).
- (4) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Ihm obliegen die Verwendung und Verwaltung der Vereinsmittel.
- (5) Der Vorstand beschließt über eine Geschäftsordnung, in der die über die Satzung hinausgehenden Regelungen zur Erfüllung des Vereinszwecks festgeschrieben sind.
- (6) Der Vorstand kann für die Geschäfte der laufenden Verwaltung einen Geschäftsführer



- und wenn nötig weiteres Personal beschäftigen. Der Geschäftsführer ist berechtigt, an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen.
- (7) Der Vorstand kann zur Erfüllung seiner Aufgaben ehrenamtliche Beauftragte bestellen. Diese Beauftragten sind berechtigt, an Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen.
- (8) Der Vorstand führt über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins Buch.
- (9) Der Vorstand ist in seiner Gesamtheit der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig.

## § 8 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
- Wahl des Vorstandes,
  - Wahl von mindestens einem Kassenprüfer,
  - Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und dessen Entlastung,
  - Beschluss über den Jahresabschluss
  - Genehmigung des Haushaltsplanes,
  - Beschluss über die Beitragsordnung
  - Beschluss über Umlagen zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten,
  - Beschlussfassung über Satzungsänderungen sowie die der Versammlung nach der Satzung übertragenen Angelegenheiten,
  - Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.
- (2) -Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, so bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter.  
Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.
- (3) Die Mitgliederversammlung bestimmt einen Schriftführer. Die Mitgliederversammlung ist von diesem zu protokollieren und das Protokoll vom Versammlungsleiter und von einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.
- (4) Jedes ordentliche Mitglied und Ehrenmitglied hat in der Versammlung eine Stimme. Die Vertretung ist unzulässig. Fördermitglieder und Anwärter haben keine Stimme.
- (5) Die Tagesordnung legt der Vorstand vor. Sie kann durch Vorschläge aller Mitglieder bis eine Woche vor der Mitgliederversammlung ergänzt werden, sofern die Mitgliederversammlung dieser Ergänzung der Tagesordnung zustimmt.
- (6) Die Mitgliederversammlung ist mit den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der erschienenen, stimmberechtigten Mitglieder. Abstimmungen finden in Versammlungen oder Sitzungen in der Regel durch Handzeichen statt. Abstimmungen haben geheim stattzufinden, wenn der Versammlungsleiter dies festlegt oder ein Viertel der erschienenen, stimmberechtigten Mitglieder dies fordert.
- (7) Beschlüsse der Mitgliederversammlung über eine Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von Zweidritteln der erschienenen, stimmberechtigten Mitglieder.
- (8) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich statt und ist durch den Vorstand innerhalb der ersten Jahreshälfte einzuberufen. Die Mitglieder sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor der Versammlung schriftlich (z.B. auch per email) zu benachrichtigen.
- (9) Zusätzliche außerordentliche Versammlungen sind vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder mindestens ein Drittel der Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe die Einberufung gegenüber dem Vorstand verlangt. Die Mitglieder sind unter Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor der Versammlung schriftlich (z.B. auch per email) zu benachrichtigen.

## § 9 Satzungsänderungen und Umlagen

- (1) Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigelegt worden waren.
- (2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen

Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

- (3) Absatz 1 gilt entsprechend auch für Beschlüsse über Umlagen.

#### § 10 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

- (1) Die Auflösung des Vereins erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung. Diese Mitgliederversammlung ernennt zur Abwicklung der Geschäfte des Vereins zwei Liquidatoren.
- (2) Bei der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vereinsvermögen an den Verein „Kulturwerkstatt Harburg“, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.
- (3) Der Vorstand hat dafür zu sorgen, dass je nach finanzieller Leistungsfähigkeit des Vereins angemessene zweckgebundene und freie Rücklagen zu bilden sind, um einen geordneten Geschäftsbetrieb abzusichern und finanzielle Handlungsfähigkeit des Verein sicherzustellen.

#### § 11 Allgemeine Bestimmungen

- (1) Mitglieder und Vorstandsmitglieder können Aufwendungsersatz erhalten.
- (2) Der Aufwendungsersatz kann in Form des Auslagenersatzes (Erstattung tatsächlicher Aufwendungen) oder in Form der pauschalen Aufwandsentschädigung oder Tätigkeitsvergütung (z.B. Ehrenamtspauschale in Höhe des Ehrenamtsfreibetrages gemäß § 3 Nr. 26a EStG) geleistet werden. Maßgeblich sind die Beschlüsse des Vorstandes, die steuerlichen Vorschriften und Höchstgrenzen sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit des Vereins.“

So beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 20.04.2016

Vorstandsvorsitzender  
bzw. Versammlungsleiter

Schriftführer

weiteres Vorstandsmitglied





## **Kooperationsvertrag zwischen**

**KulturWerkstatt Harburg e. V. (im Folgenden KWH genannt)**

**und**

**MuseumsHafen Harburg e. V. (im Folgenden MuHaHar genannt)**

### **§1 Grundlagen**

Die KWH betreibt am Lotsekai im Harburger Binnenhafen das technische Denkmal „Kulturkran“. Dieser historische Hafenkran ist als funktionstüchtiges Denkmal in der Lage, aktiv zu kranen und er „überstreicht“ dabei entsprechend des Standortes die vor dem Kran gelegene Wasserfläche am Lotsekai.

Dieser Kooperationsvertrag stellt sicher, dass

- einerseits die KWH, wie bisher auch, dort an bestimmten Tagen die Wasserfläche „unterm Kran“ nutzen kann und
- andererseits der MuHaHar hier einen ordentlichen Hafenbetrieb gewährleisten kann, der auch hinreichend verlässlich, langfristig und planbar ist, damit die Flächen z.B. auch an Gastlieger über längere Frist vergeben werden können.

Beide Vereine verpflichten sich zu einer guten Zusammenarbeit.

### **§2 Bewirtschaftung der Liegeplätze**

(1) Die Bewirtschaftung der Liegeplätze auf der Wasserfläche vor dem Kran obliegt, gemäß städtebaulichem Vertrag zwischen FHH und MuHaHar, alleinig dem MuHaHar.

(2) Die KWH kooperiert und unterstützt in soweit, als dass sie:

- gegen Entgelt die Mitnutzung der am Kran vorhandenen Stromanschlüsse durch den MuHaHar ermöglicht.
- wenn möglich das Be- und Entladen von Schiffen, die als Lieger beim MuHaHar liegen, durch den Kulturkran gegen Entgelt ermöglicht.

Der MuHaHar kooperiert und unterstützt in soweit, als dass er:

- gegen Entgelt die Mitnutzung seiner am Lotsekai vorhandenen Strom- und Wasseranschlüsse durch die KWH ermöglicht.

Es gelten folgende besondere Regelungen für Veranstaltungen der KWH:

- Für das Wochenende des Binnenhafenfestes vereinbaren die Vereine im Vorfeld einvernehmlich ein gemeinsames Programm und eine entsprechende Nutzung der Wasserflächen sowie des Krans und ggf. von Schiffen, ohne gegenseitig hierfür ein Entgelt zu erheben.
- Gleiches gilt auch für die „Tage der Industriekultur am Wasser“ und „Tage des offenen Denkmals“ im Herbst.
- Gleiches gilt für vier weitere beliebige Wochenenden pro Jahr, sofern die KWH diese Termine mit einer Frist von mindestens drei Monaten im Vorfeld dem MuHaHar mitteilt.
- Gleiches gilt für bis zu vier einzelne Tage im Jahr, sofern die KWH diese Termine mit einer Frist von mindestens drei Monaten im Vorfeld dem MuHaHar mitteilt.

(3) MuHaHar ermöglicht sechs Kranvorgänge im Jahr ohne dafür ein Entgelt zu erheben, sofern die KWH diesen Termin mit einer Frist von min. 48 Stunden im Vorfeld dem MuHaHar mitteilt.

MuHaHar ermöglicht bis zu vier Kranvorgänge im Jahr ohne dafür ein Entgelt zu erheben, sofern die KWH diesen Termin mit einer Frist von min. 14 Tagen im Vorfeld dem MuHaHar mitteilt.

Sofern die in Absatz 1 eingeräumten weiteren Termine nicht genutzt werden, ermöglicht MuHaHar in entsprechender Anzahl weitere Kranvorgänge, sofern die KWH diese Termine mit einer Frist von min. 14 Tagen im Vorfeld dem MuHaHar mitteilt.

Bei früherer Kenntnis von anstehenden Kranvorgängen, verpflichtet sich die KWH dies unverzüglich dem MuHaHar mitzuteilen.

(4) Für darüber hinausgehende Nutzung ermöglicht MuHaHar Kranvorgänge der KWH gegen Entgelt. Das Entgelt entspricht dem anderthalbfachen Tagessatz der Liegegebühr für Gastlieger gemäß der Gebührenordnung des MuHaHar.

(5) Aus Sicherheitsgründen (betr. Kranvorgänge an Land) muss der MuHaHar dafür Sorge tragen, dass unter dem Kran kein Schiff liegt, das vom drehenden Kranheck berührt werden kann, in einer Höhe von 9m und einer Ausladung in Höhe von 2,5m, dieses gilt ebenfalls bei Sturm ab Windstärke 10).

(6) Für den Fall, dass sich die KWH eine eigene Schute für Kranvorgänge zulegt, stellt MuHaHar der KWH eine Wasserfläche bis zu einer Länge von 20,00 m zu Selbstkosten. Es bleibt dem MuHaHar unbenommen, weitere Schiffe „im Päckchen“ an diese Schute zu legen.

(7) Ein Kranvorgang kann bis zu 24 Stunden dauern, in diesem Zeitraum kann das zu bekranende Schiff umsonst unter dem Kran liegen.

Ein Schiff kann für einen Kranvorgang im Päckchen liegen, wenn es den Kranvorgang nicht wesentlich behindert.

(8) Bei allen Kranvorgängen und Veranstaltungen gilt die Hafenbetriebsordnung des MuHaHar.

### **§3 Fortschreibung und Kündigung**

Der MuHaHar beabsichtigt über die bis zum 31.05.2016 befristete wasserrechtliche Genehmigung hinaus einen langfristigen städtebaulichen Vertrag mit dem Bezirk Harburg über die Bewirtschaftung von Wasserflächen, u.a. die oben beschriebene Fläche am Lotsekai (Fläche 2) zu schließen. Daher soll dieser Kooperationsvertrag

- mit der heutigen Unterschrift bis zum 31.05.2016 gelten
- sich jeweils zum 01.06. eines jeden geraden Jahres - beginnend mit dem 01.06.2016 - automatisch um zwei weitere Jahre verlängern.

Eine Kündigung durch einen der beiden Vereine ist möglich, wenn diese mit einer Frist von einem Jahr zum nächsten 01.06. eines geraden Jahres erfolgt.

### **§4 Sonstiges**

Weitere Absprachen bedürften der Schriftform und bestehen zur Zeit nicht.

Hamburg, den \_\_\_\_\_

Für die Kulturwerkstatt Harburg e.V.

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Für den Museumshafen Harburg e.V.

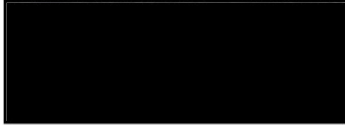
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Gothaer Versicherungen . 50598 Köln

Postanschrift: 50598 Köln

Museumshafen Harburg e.V:

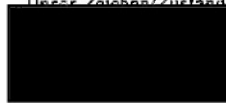


Kompetenzcenter  
Unternehmerkunden Hamburg  
Katharinenstraße 23-25  
20457 Hamburg  
Telefon 040 3704-121  
Telefax 040 3704-495121  
Internet [www.gothaer.de](http://www.gothaer.de)  
E-Mail [info@gothaer.de](mailto:info@gothaer.de)

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen/Zuständig

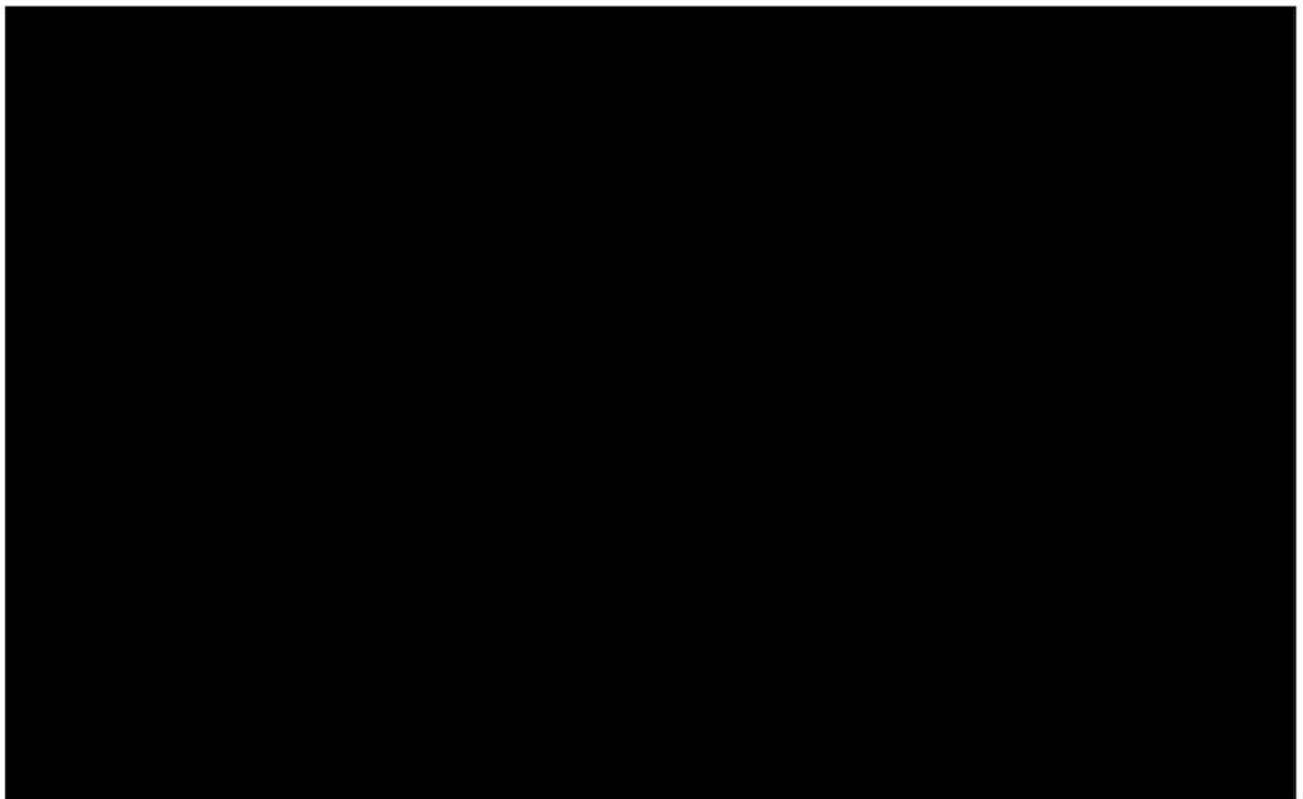


Hamburg  
05.04.2016

HAFTPFLICHT-VERSICHERUNG-Nr.: [REDACTED]

Betriebsbeschreibung: Verein zum Betrieb eines Museumshafen. Incl. Führungen und Teilnahme am Harburger Binnenhafenfest. ( Nicht versichert gilt die Wintereinlagerung und das Slip- oder Kranrisiko von Booten/Schiffen )

Sehr geehrte Damen und Herren,

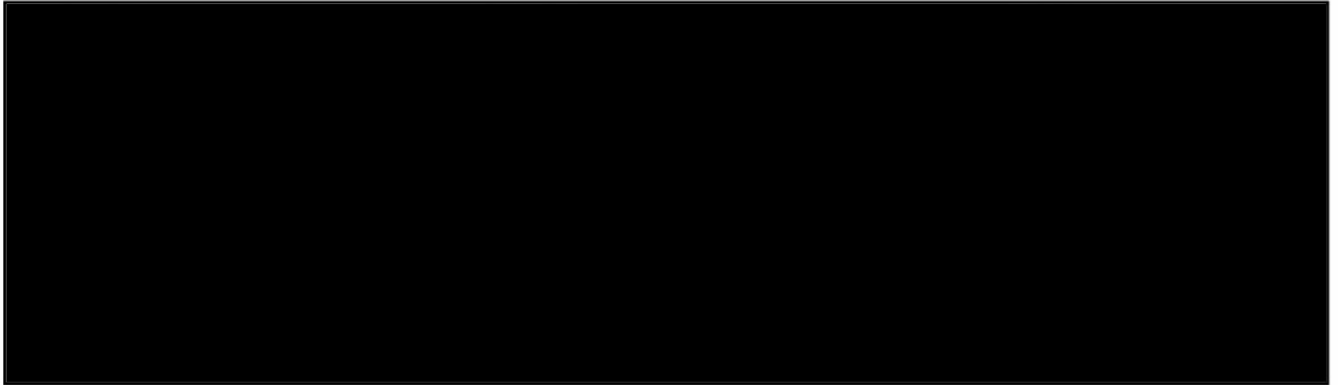


Gesellschaft  
Sitz  
Aufsichtsrat  
Vorstand

Gothaer Allgemeine Versicherung AG  
Gothaer Allee 1, 50969 Köln (Hausanschrift)  
Prof. Dr. Werner Görg (Vorsitzender)  
Thomas Leicht (Vorsitzender), Dr. Karsten Eichmann, Oliver Brüß,  
Dr. Mathias Bühring-Uhle, Harald Ingo Eppe, Michael Kurtenbach,  
Dr. Hartmut Nickel-Waninger, Oliver Schoeller

Postanschrift 50598 Köln

Rechtsform Aktiengesellschaft  
Registergericht Amtsgericht Köln, HRB 21433  
USt-IdNr. DE122786654  
VersSt-Nr. 9116/810/00420



Mit freundlichen Grüßen  
Gothaer Allgemeine Versicherung AG

**Gothaer**  
Versicherungen  
Katharinenstr. 23-25  
20457 Hamburg





## Hafenordnung

des Museumshafen Harburg e.V.

1. Dem Museumshafen Harburg e.V., im Folgenden Verein genannt, sind durch den Vertrag mit der Freien- und Hansestadt Hamburg – Bezirksamt Harburg, die Wasser- und Kaiflächen im Harburger Binnenhafen zur Nutzung überlassen. Innerhalb der Grenzen dieser Nutzungsflächen gilt die Hafenordnung des Vereins. In diesem Museumshafen unterwerfen sich die Mitglieder des Vereins sowie die Gäste, Angehörige und Besucher des Museumshafens den Bestimmungen dieser Hafenordnung.

Die Satzung des Vereins beschreibt u.a. folgenden Vereinszweck:

- Schaffung und Unterstützung eines Netzwerkes zur Restaurierung und Erhaltung alter Wasserfahrzeuge und Hafeneinrichtungen, die insbesondere für die Kulturgeschichte der Elbe-Region bezeichnend sind,
- die Unterbringung und den Betrieb solcher Schiffe und Objekte in dem Museumshafen.

Solche Traditionsschiffe können daher sein:

- Wasserfahrzeuge, die gemäß Traditionsschiff-Richtlinie des BMVI zertifiziert sind
  - klassische Yachten (= Sportboote), die ein Alter von mindestens 50 Jahren haben
  - alte aktuelle Berufsfahrzeuge, mindestens 30 Jahre alt
  - ehemalige Berufsfahrzeuge ohne Zeugnis, mindestens 30 Jahre alt
  - originale Nachbauten von klassischen Yachten oder historischen Berufsfahrzeugen
  - Besonderheiten, auch wenn nicht traditionell (z.B. Versuchsschiffe, Prototypen)
  - Ausnahmen gemäß Beschluss des Vereinsvorstandes
  - Schiffe, deren Aussehen in besonderem Maße die historischen Vorbilder darstellen
- Die Entscheidung über die Geeignetheit nach diesen Maßgaben obliegt dem Vorstand.

2. Liegeplatz-Interessierte wenden sich an den Hafenmeister, der für Gastlieger bis 96h Aufenthalt direkt entscheidet und für darüber hinausgehende Liegeplatz-Nutzung die Entscheidung des Vorstandes einholt. Die Vergabe von Liegeplätzen an andere Schiffe als die oben genannten erfolgt nur, wenn darüberhinaus noch Flächen frei sind.

Voraussetzung für einen Liegeplatz sind der Nachweis einer gültigen Zertifizierung (z.B. Sportboot, Berufsschiff, Traditionsschiff) sowie der Nachweis eines Schwimmfähigkeitszeugnisses oder

entsprechender anderer geeigneter Unterlagen, sowie einer Haftpflicht- & Bergeversicherung. Diese Unterlagen sind bei Beantragung eines Liegeplatzes rechtzeitig vorzulegen. Die Zuweisung eines Liegeplatzes obliegt dem Hafenmeister. Es besteht auch nach Zuweisung kein Anrecht auf einen bestimmten Liegeplatz.

3. Jeder Fahrzeugführer, Schiffseigner, Besatzungsmitglied, Vereinsmitglied und Besucher ist für die Befolgung der Hafenordnung verantwortlich.

Alle Personen, die der Hafenordnung unterliegen, verpflichten sich, den Anordnungen der Vorstandsmitglieder des Vereins und deren Beauftragten – insbesondere des Hafenmeisters – Folge zu leisten. Personen, die gegen die Bestimmungen der Hafenordnung verstoßen, können alleine oder mit ihren Fahrzeugen aus dem Museumshafen verwiesen werden.

4. Alle Fahrzeuge müssen innerhalb der Hafenfläche des Museumshafens ihre Geschwindigkeit so einrichten, dass sie jederzeit den seemännischen Anforderungen genügen, insbesondere keine anderen Fahrzeuge gefährden oder beschädigen. Die Geschwindigkeit darf innerhalb des Museumshafens drei Knoten nicht überschreiten. Sog und Wellenschlag sind zu vermeiden.

Das Ankern ist im gesamten Harburger Binnenhafen untersagt. Das Anlegen im Bereich des Museumshafens ist nur mit Zustimmung des Vereins erlaubt. In einer situationsbedingten Ausnahme (Notfall) ist erst das Schiff zu sichern und danach unverzüglich der Verein und die Hamburg Port Authority (HPA) in Kenntnis zu setzen: Museumshafen Harburg e.V.

Hamburg Port Authority - Obenhafenamt

Telefon: [REDACTED]  
bzw. [REDACTED] Hafenmeisterbüro  
Telefon: [REDACTED]

5. Der Hafen und das Hafengelände dürfen nicht verunreinigt werden. Abfälle in kleinen Mengen sind in den dafür vorgesehenen Behältern im Hafen zu entsorgen. Schiffsabfälle gem. SchAbfEntG M-V (wie z. B. Restmüll, Fäkalien, Altöle, Grau- und Bilgenwasser usw.) sind nach den gesetzlichen Vorschriften zu entsorgen. Der Entsorgungsplatz für Restmüll, Papier und Wertstoffe in haushaltsüblichen Mengen befindet sich bei der "Fischhalle" (Eröffnung geplant Nov. 2016). Der Verein wird nur solche Schiffe als Liegeplatznutzer zulassen, die über einen Brauchwassertank / Schwarzwassertank verfügen und für eine ordnungsgemäße Entsorgung sorgen bzw. sicherstellen, dass keine Abwässer ins Hafenbecken entsorgt werden.

6. Das Abstellen von Gegenständen auf den Hafenanlagen und dem Hafengelände ist nur nach vorheriger Absprache gestattet. Bei Nichtbeachtung werden die betreffenden Gegenstände auf Kosten des Besitzers entfernt.

7. Jedes im Museumshafen liegende Wasserfahrzeug befindet sich dort auf eigene Gefahr und eigenes Risiko. Diesen gegenüber schließt der Verein für sich und seine Vertreter jede Haftung aus. Jedes Wasserfahrzeug muss auf seinem Liegeplatz so zuverlässig festgemacht sein, wie es gute Seemannschaft erfordert.

8. Vereinsmitglieder und Gastlieger sind verpflichtet, ihre Schiffe ständig zu beaufsichtigen. Die Schiffe müssen entsprechend den Zielen des Vereins in einem seetüchtigen, sauberen und sicheren Zustand gehalten werden. Befristete Ausnahmeregelungen davon, die sich aus Bautätigkeit an den Schiffen ergeben, bedürfen der Zustimmung des Vereinsvorstandes. Schiffseigner, welche mit vorheriger Absprache zeitweise nicht vor Ort sein können, hinterlegen beim Hafenmeister oder dem Vereinsvorstand einen Fahrzeugschlüssel für Notfälle.

9. Die Kaianlagen sind dem öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmet. Das Befahren der Kaianlagen im Bereich des Museumshafens ist in wichtigen Bedarfsfällen nach vorheriger Absprache mit dem Hafenmeister des Vereins zum Be- und Entladen der Schiffe für die

Schiffsbesatzungen kurzzeitig erlaubt. Das Parken von Fahrzeugen aller Art außerhalb der gekennzeichneten Parkflächen ist untersagt und wird vom Ordnungsamt der Stadt geahndet. Die Kettensicherungen an den Geländerdurchgängen an der Kaikante sind nach Nutzung wieder zu verschließen bzw. bei Nichtbenutzung stets geschlossen zu halten.

10. Etwaige Beschädigungen der Hafenanlagen, Untergang eines Schiffes oder anderer Geräte und bei einem Austritt wassergefährdender Stoffe (Farben, Lacke, Öle, Treibstoffe etc.) in das Gewässer, die nicht unmittelbar eingedämmt oder aufgenommen werden können, sowie jegliche Verunreinigungen der Anlagen, sind dem Hafenmeister, dem Bezirksamt Harburg und der Hamburg Port Authority (HPA) unverzüglich nach Bekanntwerden mitzuteilen:

Museumshafen Harburg e.V.

Hafenmeister des  
Museumshafen Harburg e.V.  
Wasserbehörde

Bezirksamt Harburg

Hamburg Port Authority

Oberhafenamt

11. Der Verein ist berechtigt, für die im Museumshafen liegenden Schiffe einen Nachweis über eine Versicherung zu verlangen. Diese muss das von dem Schiff ausgehende Risiko gegenüber dem Verein und Dritten einschließlich Untergang und Folgeschäden (wie z. B. Wrackbeseitigung, Gewässerschäden usw.) decken. Der Vorstand wird Schiffe, für die trotz Aufforderung dieser Nachweis nicht erbracht wird, des Hafens verweisen.

12. Jeder Eigner ist verpflichtet, sein Schiff in einem schwimmfähigen und seetüchtigen Zustand zu halten und es insbesondere im Falle des Sinkens unverzüglich bergen zu lassen.

13. Die Lieger, insbesondere Winterlieger übernehmen selbstständig die Verkehrssicherungspflicht, die Wegereinigung, einschließlich des Winterdienstes, auf der Länge ihres Schiffes für den etwa 1,50 m breiten Landstreifen zwischen vorhandenem Geländer und Wasserkante.

So beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 20.04.2016